

Wendy Holdener Sie zählt zu den Favoritinnen im Slalom

SPORT 14/15



Teppiche waschen ab Fr. 19.90/m²
Teppich-Reparaturen und -Verkauf
ORIENTTEPPICH-GALERIE TABRIZ
Stadtturmstrasse 22, 5400 Baden
Telefon und Fax 056 555 25 68
Filiale Bremgarten, Am Bogen 4 Mo-Fr 9.00-11.30
Telefon 056 641 91 80 13.30-19.00
www.orientteppich-taebritz.ch Sa 9.00-17.00

Donald Trump Der US-Präsident hat seine Rolle nach vier Wochen noch nicht gefunden

THEMA 2/3

Zahnklinik auf Rädern Marit

Neukomm wurde im November zur Aargauerin des Jahres gewählt - für ihr Engagement für Flüchtlinge. Am Montag lancierte sie in Serbien ihr neuestes Projekt: Eine mobile Zahnklinik, die in den Flüchtlingscamps auf dem Balkan unterwegs ist. Viele leiden dort unter schlechten Zähnen oder Zahnschmerzen. Die jungen serbischen Zahnärzte erhalten Unterstützung von Kollegen aus dem Aargau. SEITE 26/27

FOTO: ANDREAS FAHRLÄNDER



AZ AM WOCHENENDE

Auto stürzt in Bach: 70-Jähriger stirbt

SEITE 27

Stadiongegner blitzt vor Bundesgericht ab

SEITE 27

Die erste Ausgabe der Leseraktion az-Jasskönig

SEITE 28

Wenn Katzen zum Coiffeur gehen

SEITE 4

Kein Milchpulver für Krisenregionen

SEITE 6

Das Parlament in London ist eine Bauruine

SEITE 9

WOCHEKOMMENTAR über die abgelehnte Unternehmenssteuerreform III

Die Lehren aus dem Volks-Nein

Eine Vertrauenskrise? Ein Aufstand gegen die Elite? Ein Votum gegen die Globalisierung? Ein Mittelstand, der unberechenbar geworden ist? Ein Pendant zum Brexit oder zur Wahl Donald Trumps? Das deutliche Nein zur Unternehmenssteuerreform III (USR) hat viele Fragen aufgeworfen. Dass sich 59 Prozent der Bevölkerung gegen alle bürgerlichen Parteien, Parlament und Bundesrat, die Wirtschaftsverbände sowie die Kantone stellen, kommt nicht alle Tage vor. Aber es kommt vor. Die Schweiz ist ein zutiefst bürgerliches Land. Die Linke scheitert regelmäßig mit ihren eigenen (Umverteilungs-) Initiativen. Doch sie kann Referenden gewinnen: Am letzten Sonntag gegen die Steuerreform, 2014 gegen den Gripen, 2010 gegen die Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule (Rentenklausel), 2004 gegen das Steuerpaket. Man könnte weitere Erfolge anführen: Die Linke bekämpft in den Kantonen erfolgreich Sparpakete und Kürzungen bei den Prämienverbilligungen.

Alles normal also? So einfach ist es zwar nicht. Doch die Niederlage einfach mit einer globalen Grundstimmung und dem Hinweis auf Grossbritannien oder die USA abzutun, ist zu einfach. Die Bürgerlichen haben Fehler gemacht. Diese Lehren sollten sie aus dem Debakel ziehen:

1. Die Transparenz

Der erste Fehler der Reform? Er liegt in der Vergangenheit. Die letzte Merzsche Reform schwebte wie ein Damoklesschwert über der Vorlage. Die Bundesgerichte selbst hatte den Bundesrat für die Falschinformationen im Abstimmungsbüchlein gerügt. Für die Gegner der USR III war das ein Steilpass: Sie schürten das Misstrauen, die USR III wurde als Blackbox betitelt. Die Bürgerlichen waren nicht unschuldig an dieser Ausgangslage: Sie hatten sich 2012 im Parlament dagegen gewehrt zu erheben, wie sich die Unter-

nehmenssteuerreform II bei Bund, Kantonen und Gemeinden kurz- und mittelfristig ausgewirkt hatte. Transparenz und eine saubere Aufarbeitung der letzten Reform hätten die Diskussion über die neue Vorlage versachlicht. Denn inhaltlich hatten die beiden Reformen nichts miteinander zu tun.

2. Das politische Kalkül

Den zweiten kapitalen Fehler begingen die bürgerlichen Parteien im Parlament. Sie verzichteten darauf, eine Gegenfinanzierung in die USR III einzubauen. Die Kantone sollten - gegen ihren Willen - selbst entscheiden, ob sie künftig Dividenden höher besteuern, denn sie entscheiden auch autonom über die Höhe der Gewinnsteuern. Dieses Argument war zwar sachlich richtig, politisch aber falsch. Mit einer Gegenfinanzierung hätten die Befürchtungen um die Steuerausfälle besser gekontert werden können. Politik ist mehr, als recht zu haben. Es braucht auch das richtige Kalkül.

3. Die Botschaft

«Wir hatten eigentlich das Gefühl, mit der USR III etwas Gutes zu tun für das Land», sagte vor ein paar Wochen ein Verbandsfunktionär. Die USR III - ein grosses Gemeinschaftsprojekt von Bund und Kantonen, um das Steuersystem so umzubauen, dass es wieder international akzeptiert ist. Nur, die Botschaft, dass die Reform zu einem gerechteren Steuersystem führt und dass Grosskonzerne eher mehr und KMU weniger Steuern bezahlen müssen, transportierte die Pro-Kampagne nicht. Sie war traditionell, defensiv und arbeitete mit dem abgegriffenen Slogan: «Schweiz stärken, Arbeitsplätze sichern». Die Befürworter pflasterten die Schweiz mit Inseraten und Plakaten voll. Die Gegner hingegen hatten nicht nur die bessere Botschaft; untypisch für die Linken visierten sie



Doris Kleck
«Der helvetische Kompromiss ist eine gute Richtschnur - auch für eine bürgerliche Politik.»

den Mittelstand an, die Kampagne glich einer Bewegung von unten. Weniger Geld, dafür mehr Engagement.

4. Die Allianzen

SVP und FDP prägten die USR III wesentlich. Die deutliche Ablehnung der Vorlage in SVP-Hochburgen auf dem Land zeigt nun aber, wie tief der Graben zwischen der SVP-Spitze und ihrer Basis in wirtschaftspolitischen Fragen ist. Das stellt vor allem die FDP vor ein Grundsatzproblem: Soll und kann sich der Freisinn im Parlament noch auf die SVP als Allianzpartner verlassen? Macht es Sinn, in dieser Kombination Vorlagen durchzudrücken, wenn im Volk Absturzgefahr besteht? Der nächste Test folgt schon bald: Bei der Altersreform. Denn auch in sozialpolitischen Fragen tickt die SVP-Basis anders als ihre Vertreter in Bern.

5. Die Grundhaltung

Das führt uns zum wohl grössten Missverständnis: Die Bevölkerung stützt Wirtschaftsvorlagen, wenn sie den Nutzen sieht. Bei der USR III war dieser für viele unklar. Es ging um das Steuerproblem von Grosskonzernen, die (zuunrecht) sowieso kritisch beurteilt werden. Die Vorlage hatte jedoch eine lange Vorlaufzeit. Die Wirtschaftsverbände und die Bürgerlichen nutzten sie nicht, um Goodwill zu schaffen. Ein wenig Konzessionsbereitschaft bei der Altersvorsorge? Beim Vaterschaftsurlaub? Kein Thema. Stattdessen hat die Wirtschaftskommission Pläne in der Schublade, alle Stempelsteuern abzuschaffen. Kostenpunkt: über zwei Milliarden Franken.

Die Linke hat eine Blockademacht in diesem Land. Der helvetische Kompromiss ist deshalb eine gute Richtschnur - auch für eine bürgerliche Politik.

✉ doris.kleck@azmedien.ch

Eisbahn-Debakel

Einsprecher: Nie bei Gesprächen dabei

Im Streit um die Öffnungszeiten der Eisbahn Aarau, der diese Woche eskaliert ist (die az berichtete), äussern sich viele Einsprecher nur anonym. Dies, weil sie auf der Strasse angepöbelt oder am Telefon beschimpft worden seien. Als einzige Einsprecher öffentlich aufgetreten sind bisher die Eheleute Spichtig. Auf Tele MI sagte Madeleine Spichtig: «Wir möchten, dass um 22 Uhr Schluss, Feierabend, ist.» Gleich mehrere Anwohner, die gegen lange Öffnungszeiten der Eisbahn am Abend sind, kritisieren die Behörden. Diese hätten nur einen Einsprecher, der sich eine Anwältin genommen habe, zum Gespräch eingeladen. REGION

Ski-WM in St. Moritz

Kameracrash wegen Schweizer Luftwaffe

Ein Flugzeug der PC-7-Fliegerstaffel der Schweizer Luftwaffe hat gestern Mittag an der WM in St. Moritz bei einem Trainingsflug das Zugseil einer SRF-Seilbahnkamera zertrennt. Die Kamera fiel in den Zielraum und landete im Schnee. Verletzt wurde niemand. Das Flugzeug wurde beim Zwischenfall beschädigt, wie das Verteidigungsdepartement (VBS) später mitteilte. Die Luftwaffe sagte in der Folge alle weiteren Flugvorführungen an der Weltmeisterschaft in St. Moritz ab, wie das VBS via Twitter vermeldete. Dem SRF sei ein Sachschaden von rund 250 000 Euro entstanden. SEITE 7